

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeiger  
für das Erzgebirge die Postämter  
in Chemnitz, Leipzig, Dresden,  
Zwickau, Plauen, A. S.

Postamt Chemnitz, Postfach 1111  
Postamt Leipzig, Postfach 1111  
Postamt Dresden, Postfach 1111  
Postamt Zwickau, Postfach 1111  
Postamt Plauen, Postfach 1111

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Nummer: Ann Leipzig Nr. 1000

Nr. 32

Sonnabend, den 7. Februar 1925

20. Jahrgang

### Aufwertungsfragen im Reichstag.

Wien, 6. Febr. Das 1. Besetzung steht ein Gesetzentwurf der Regierung vor, wonach in Reichsbeschlüssen über die Aufwertung von Vermögensanlagen und Ansprüchen die Verhandlungen vor Gerichten und Aufwertungsstellen auf Antrag des Gläubigers einwirken ermöglicht werden können.

Hg. Fell (Soz.) glaubt, daß dieser Gesetzentwurf in den Kreisen der Gläubiger und Sparer große Verwunderung hervorrufen werde. Der Aufwertungsausschuß sei mit einer Flut von Anträgen bedacht worden, die stämmige und rasche Aufwertung verlangen, und zwar auf Grund der bestimmten Ankündigungen der Deutschnationalen, als sie sich noch in der Opposition befanden. Jetzt, als Regierungspartei, haben sie im Aufwertungsausschuß gegen ihren eigenen Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung gestimmt. Die Faltung der Deutschnationalen müsse ein bitteres Schicksal bei den Interessenten auslösen. Der Redner kündigt an, daß seine Fraktion den Deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung bei dieser Vorlage wieder einbringen werde. Die Mehrheit der Gläubiger sei lieber den Deutschnationalen ins Garn gegangen. Ausgerechnet die Vertreter der Deutschnationalen hiesigen und mecklenburgischen Regierungen hätten sich aber im Reichstag gegen jede Erhöhung der Aufwertungsätze ausgesprochen. (Gör, Hertl) Der Redner beantragt, daß der vorliegende Gesetzentwurf spätestens am 30. April d. J. wieder außer Kraft trete.

Hg. Frhr. v. Nitzsch (Dem.) beantragt, die in dem Gesetzentwurf enthaltene Randvorschrift in eine Maßvorschrift umzuwandeln, da sonst das erstrebte Ziel nicht erreicht werde. Der Redner fordert gleichfalls die Befristung des Gesetzes bis zum 30. April. Eine längere Sinausschiebung der Lösung der Aufwertungsfrage sei einfach untragbar.

Reichsjustizminister Dr. Krenten wiederholt die bereits im Ausschuß abgegebene Erklärung, daß das endgültige Aufwertungs Gesetz in drei Wochen den gesetzgebenden Körperschaften zugehen werde. Die Regierung werde in allen Stadien der Verhandlung bestrebt sein, die Verabschiedung des Gesetzes zu beschleunigen.

Hg. Dr. Schütter (Fr.) wendet sich dagegen, daß in die Aufwertungsfrage politische Momente hineingetragen werden. Die von den Sozialdemokraten beantragte Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember lehnt der Redner ab. Er stimmt aber dem demokratischen Antrag zu, die Randvorschrift in eine Maßvorschrift zu verwandeln.

Hg. Dr. Steiniger (Soz.) erklärt, es handle sich hier nicht um eine Frage der Parteipolitik, sondern nur um eine Frage der Gerechtigkeit und Billigkeit. Die Deutschnationalen wollten die Regierung in der Aufwertungsfrage unter hydroaltem Druck halten, gerade im Hinblick auf den Gegenstand der wirtschaftlichen Spitzenverbände. Auf den Wahlkampf wolle er nicht eingehen, aber die Deutschnationalen Anhänger wählten genau, daß sie etwas Positives zu erwarten hätten. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion für den demokratischen Antrag und Umwandlung in eine Maßvorschrift stimmen werde.

Hg. Strobel (Soz.) fordert, daß die Deutschnationalen, die anscheinend nicht wählen, was sie wollen, endlich mit ihren Vorschlägen herauskommen. Die Mittel für die Aufwertung müßten von den Besitzenden der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aufgebracht werden. Auf diese Parteien sei darum der hydroaltem Druck auszuüben.

Damit ist die erste Beratung erledigt. In der zweiten Beratung wird zunächst abgestimmt über den sozialdemokratischen Antrag, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember aufzuheben. Die Abstimmung ist einstimmig. Der Antrag wird mit 225 gegen 144 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird dann angenommen mit der von den Demokraten beantragten Umwandlung der Randvorschrift in eine Maßvorschrift. Angenommen wird auch die Befristung des Gesetzes bis zum 30. April. Der Gesetzentwurf wird dann in dritter Beratung und in der Schlußabstimmung einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr: Reichsarbeitministerium. — Schluß 1/2 5 Uhr.

Die Denkschrift über die Aufwertung.  
Berlin, 6. Februar. Der Aufwertungsausschuß des Reichstages hat beschlossen, die im Reichsfinanzministerium verfaßte Denkschrift über die Aufwertung, die bisher als vertraulich bezeichnet war, freizugeben. Die Denkschrift gibt einen außerordentlich interessanten Überblick über die ganze Aufwertungsfrage und behandelt im ersten Abschnitt die Aufstellung des Sachverhalts seit dem Beginn des

Weltkrieges, im zweiten den Währungsverfall. Im dritten Abschnitt wird die Behandlung der Aufwertungsfrage durch die dritte Steuernotverordnung dargestellt. Die vierte enthält Vorschläge zur dritten Steuernotverordnung. In einem Anhang wird das Aufwertungsproblem in seiner geschichtlichen Entwicklung bis zum Weltkrieges behandelt. In einem weiteren Anhang wird die Behandlung der Aufwertungsfrage im Saargebiet, in Danzig, in Frankreich, in Rußland, Polen, Oesterreich und England geschildert.

### Die Spitzenverbände zur Aufwertungsfrage.

Berlin, 6. Febr. Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte im Namen der Spitzenverbände der Landwirtschaft, des Großhandels und Einzelhandels, für Schiffahrt, des Handwerks, des Bankwesens, sowie der Industrie- und Handelskammern, die Vertreter der Presse heute zu einer Aussprache über Aufwertungsfragen eingeladen, an der eine Reihe von führenden Persönlichkeiten der genannten Berufsstände teilnahmen. Den Spitzenverbänden sei, so wurde in der Erörterung betont, von verschiedenen Seiten ganz offen erklärt worden, die Aufwertungsfrage müsse heute in erster Linie vom parteipolitischen und erst in zweiter Linie vom sachlichen Standpunkt aus behandelt werden. Die Spitzenverbände verlangen ihrerseits, daß bei der Stellungnahme zu dieser Frage alle anderen Gesichtspunkte hinter der Sicherung unserer Volkswirtschaft gegen ernste Erschütterung der Währung, des Kreditwesens und der Produktion zurücktreten müßten. Die Hilfe, die dem Mittelstande auf dem Wege erhöhter Aufwertung geboten würde, sei eine Scheinhilfe, weil sie die Gefahr neuer Katastrophen für Währung und Wirtschaft herausbeschwöre, die sich wiederum gegen den Mittelstand, die Verbraucher die kleinen Steuerzahler, auf das empfindlichste auswirken würde.

### Zusammentritt des Reichstagsausschusses für Wohnungswesen.

Berlin, 6. Febr. Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen trat heute zu seiner ersten Sitzung unter dem Vorsitz des Hg. R. A. J. (Dem.) zusammen und legte seinen Arbeitsplan fest. Für die Fragen des Wohnungsbaus und der Bodenreform wurde ein ständiger Ausschuß vorgeschlagen. Das Reichstagspräsidium soll gebeten werden, sämtliche die Wohnungswirtschaft betreffenden Vorlagen und Anträge möglichst bald auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Auch soll den Spitzenorganisationen der Mieter und Hausbesitzer Gelegenheit gegeben werden, persönlich vor dem Ausschuß ihre Ansichten über die stehenden Fragen vorzutragen.

### Doch noch Wirtschaftsverständigung mit Frankreich.

Paris, 5. Febr. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind heute noch zehnjähriges Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Ranaidh besprachen in etwa zweistündiger Unterredung den Inhalt der französischen Note vom 28. Januar und die vorgestern von der deutschen Wirtschaftsdelegation überreichte Antwort. Im Verlaufe der Unterhaltung ergaben sich Möglichkeiten für eine Verständigung. Die beiden Delegationsführer werden nunmehr über das Ergebnis ihrer heutigen Beratungen ihren Delegationen Bericht erstatten, damit die Verhandlungen in den nächsten Tagen in Vollstimmungen der beiden Vertretungen fortgesetzt werden können. Wenn sich auch nichts voraussetzen läßt, so ist doch der Eindruck nach dieser ersten Sprechungsphase nicht ungünstig.

### Die Revision des Generals v. Nathusius verworfen.

Paris, 6. Febr. Die Strafkammer des Kassationsgerichtshofes, die heute die Berufung des Generals v. Nathusius gegen das vom Kriegsgericht in Wien gegen ihn gefällte Urteil angefochten hat, hat sich auf folgenden Standpunkt gestellt: Der Verteidiger des Generals von Nathusius, Advokat Wornat, erklärt, die Zusammenfassung des Kriegsgerichts sei nicht nach den bestehenden französischen Gesetzen erfolgt. Der Angeklagte sei General, er hätte also nur von einem aus Generalen bestehenden Gerichtshof beurteilt werden können. Der Generalstaatsanwalt erklärt, diese Einwände seien nicht stichhaltig, da sich General von Nathusius ein Vergehen gegen das gemeine Recht habe zuschulden kommen lassen. Deshalb sei er wie ein einfacher Zivilist behandelt worden, da er ja kein Kriegsgefangener sei. Unter diesen Umständen müsse die Revision zurückgewiesen werden. Der Kassationsgerichtshof habe sich auf diesen Standpunkt gestellt und die Einwände für nicht annehmbar erklärt.

### Einrichtung ständiger Kontrollpunkte im Rheinland.

Die ständige beratende Militärkommission hat dem Bundesrat heute unter dem Vorsitz des französischen Admirals Souge de Sion zusammen. Sie besteht aus dem Sachverständigen der zehn im Bälterbund vertretenen Staaten, einen für Militär, einen für Marine und einen für Luftfragen. Die Kommission hat heute während ihrer ersten Sitzung den Arbeitsplan für ihre nichtöffentliche Tagung auf. Unter den anwesenden Militärpersonen erblüht man den englischen Kontradmiraal Smith, den französischen General Dumessil und den belgischen Generalleutnant Searing. „Journal de Geneve“ schreibt über die Verhandlungen und erwähnt, die geplante Einrichtung ständiger militärischer Kontrollpunkte im Rheinland wie folgt: Die Kommission wird zu entscheiden haben, an welchen Stellen in Deutschland eine ständige Kontrolle einzurichten sei und so gelangt man zu dem wahrhaft überraschenden Ergebnis, daß nach Beendigung der Ruhrbesetzung durch die Alliierten eine neue Chapeau in Rheinland beginnen werde, und zwar unter der Aufsicht des Bälterbundes.

### Geheimrat Bächer über die Ausrüstung der Industrie.

Ueber den Zusammenhang der Ausrüstung des Rheinlandes mit der Ausrüstung der deutschen Industrie, teilt das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Bächer, dem Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ mit, daß der Spitzenverband der deutschen Industrie für die Erfüllung des Friedensvertrages sei. Er sei überzeugt, daß sämtliche industriellen Unternehmungen die Ausrüstung voll durchgeführt haben, da sie alle Anlagen für ihre Friedensproduktion verwenden müssen und zusammenbrechen würden, wenn sie für spätere Rüstungen auch nur einzelne Teile der Betriebe ausschalteten. Während der sechs Jahre sind mehr als 7000 Betriebe der früheren Kriegswirtschaft mehrfach von den Kontrollausschüssen beaufsichtigt worden. Sämtliche Herstellungen und Umstellungsarbeiten der Kontrollausschüsse seien durchgeführt worden und die großen wirtschaftlichen Schäden würden nicht mehr zugetragen. Nur in etwa 7 Fällen haben sich Firmen geweigert, offensichtlich unberechtigte Forderungen auf Herstellung von Anlagen zur Herstellung von Friedensgeräten auszuführen. Daraus erlaube man, daß unsere frühere Kriegswirtschaft nicht mehr vorhanden ist oder sich voll umgestellt hat. Auf die Frage des Korrespondenten, ob die in der Note der Brandenburger geforderten gesetzgeberischen Maßnahmen auch die Industrie betreffen, betonte Geheimrat Bächer, daß die Herstellung und Ausführung von Kriegsgeräten durch gesetzgeberische Maßnahmen bereits weitgehend beschränkt seien. Das Gesetz vom 26. Juni 1921 verbiete nicht nur die Herstellung und Ausführung von Kriegsgeräten, sondern erstrecke sich auch auf Gegenstände, die damit kaum in Verbindung zu bringen seien. Die letzte Forderung der Wirtschaftskonferenz auf Verschärfung des Gesetzes könne nur als ein Versuch zur widerrechtlichen Beschränkung der deutschen Erzeugnisse und Ausfuhr angesehen werden. Die deutsche Industrie hat den Friedensvertrag restlos erfüllt und müsse gegen beratliche Versuche geschützt werden. Aber auch die Gegenseite könnte endlich die ihr aus diesem Vertrag zufallenden Leistungen bald und ohne Rückhalt erfüllen.

### Die Ruhrmillionen.

Die früheren sozialistischen Reichsminister lehnen die Verantwortung ab.  
Berlin, 6. Febr. Die früheren sozialistischen Reichsminister Dr. Hilferding, Robert Schmidt und Sollmann erheben in einer gemeinsamen Erklärung Einspruch gegen die Behauptung, auch die sozialdemokratischen Minister der beiden Kabinette Brüning und Brüning seien für die Ruhrrentenschuldigung mit verantwortlich. Hilferding sei bereits vor den Verhandlungen am 3. Oktober 1923 aus dem Kabinett ausgeschieden. Als dem Kabinett entsprechende Vertragsentwürfe vorgelegt wurden, hätten sich die anderen beiden sozialdemokratischen Minister bereits in der Demission befunden.

### Ruhrrentenschuldigungen und Doppelpay.

Paris, 6. Febr. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ meldet, daß die diplomatischen Alliierten Kreise die von der Reichsregierung geleisteten Entschuldigungsverbindlichkeiten für die Währungsfrage der Ruhrrenten als eine „unbestreitbare“ Verbindlichkeit der Verantwortlichen des Landesplanes (!) ansehen. Es sei sicher, daß die verschiedenen interessierten Regierungen sich mit dieser Frage zu beschäftigen haben würden, und daß die Konsequenzen unabweisbar seien. Deutschland habe durch verschiedene Wandel der Kontrollen der Alliierten eine Summe von 715 Millionen Goldmark entzogen, was der Gesamtheit der internationalen Alliierten entspreche, die das Reich erhalten habe. Diese Summe hätte eigentlich, wie alle Budgetüberschüsse, dem Generalagenten für die deutschen Reparationszahlungen anvertraut werden müssen.

AR  
L T  
-33  
-33  
-40  
-95  
-50  
-50  
-50  
N  
-00  
-70  
-50  
-90  
-30  
-95  
-25  
-45  
EL  
-85  
-25  
-10  
-50  
-70  
-48  
io  
n-  
er  
ring  
3.  
Ereignisse  
Schiller  
Anzahl  
Lorenzen

### Haftentlassungsanträge für die Barmats

Berlin, 5. Febr. Die Staatsanwaltschaft hat gegen die öffentlichen Verhandlungen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse über die Barmataffäre Einspruch erhoben. In erster Linie richtet sich dieser Einspruch merkwürdigerweise gegen den Untersuchungsausschuss des Reichstages, der bisher verhältnismäßig wenig Arbeit geleistet hat. Die Verteidiger der Brüder Barmat haben neuerlich Haftentlassungsanträge eingebracht. Die Haftbefehle sind feinerseit von der Staatsanwaltschaft ohne materielle Grundlagen erteilt worden. Die Bemerkungen der Brüder Barmat können nurmehr als beendete angesehen werden. Nach Ansicht der Verteidigung hat die Untersuchung weder Kreditbetrug noch Bestechung ergeben, wegen welcher Delikte der Haftbefehl erlassen wurde. Die Bestechung soll angeblich im Falle des ehemaligen Postministers Hoffe begangen sein, doch ist Hoffe im Laufe des Verfahrens niemals als Angekluldigter, sondern immer nur als Zeuge vernommen worden. Die beiden Staatsanwaltschaften ohne materielle Grundlagen erteilt worden. Die Bemerkungen der Brüder Barmat können nurmehr als beendete angesehen werden. Nach Ansicht der Verteidigung hat die Untersuchung weder Kreditbetrug noch Bestechung ergeben, wegen welcher Delikte der Haftbefehl erlassen wurde. Die Bestechung soll angeblich im Falle des ehemaligen Postministers Hoffe begangen sein, doch ist Hoffe im Laufe des Verfahrens niemals als Angekluldigter, sondern immer nur als Zeuge vernommen worden. Die beiden Staatsanwaltschaften ohne materielle Grundlagen erteilt worden.

Die preussischen Gerichtsbehörden scheinen gewillt zu sein, gegen die weiteren öffentlichen Verhandlungen in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen über die Finanzskandale einzuwirken zu wollen. Die Einsetzung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse sowie die öffentlichen Verhandlungen sind in den Verfassungen des Reichs und Preußens festgelegt. Nach Ansicht führender Abgeordneter in Preußen kann ein genereller Einspruch der Gerichtsbehörden gegen das Verfahren der Untersuchungsausschüsse nicht in Frage kommen. Es sei höchstens möglich, daß die Gerichtsbehörden für einzelne Fälle und für besonders begrenzte Materien dem Ausschluß der Öffentlichkeit für erwünscht halten und mit einem derartigen Wunsch an die Vorsitzenden der Ausschüsse herantreten.

### Nach ein Untersuchungsausschuss

Berlin, 6. Februar. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde auf kommunistischen Antrag ein Ausschuss zur Untersuchung der Kreditgewährung der Reichsbank an den Barmat-Konzern gewählt, nachdem sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten Hellmann und Dr. Loeb für die Einsetzung eines solchen Ausschusses ausgesprochen hatten.

### Abgeordneter Bauer legt vorübergehend sein Reichstagsmandat nieder.

Berlin, 5. Febr. Der Vorsitzende des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingesetzten Prüfungsausschusses teilt dem „Vorwärts“ mit, daß sofort nach Bekanntgabe des Briefes der Amalgama von dem ehemaligen Reichskanzler Bauer vom 27. Sept. 1923 Mitteilung des Untersuchungsausschusses den Abg. Bauer ersucht haben, bis zur Prüfung der Angelegenheit sein Reichstagsmandat nicht auszuüben. Bauer stimmte zu.

### Auswirkungen der Spritschiebungen.

Berlin, 6. Februar. In der Angelegenheit des Spritschiebers Weber sind 10 Zollbeamte, die verschiedenen Berliner Zollämtern angehören, mit sofortiger Wirkung ihres Dienstes entlassen worden.

### Kroner legt Berufung ein.

Berlin, 5. Febr. Die Verteidigung des Landgerichtsdirektors Kroner erklärte bereits nach Schluß der Verhandlung, daß Kroner sich dem Urteil des erweiterten Schöffengerichts nicht unterwerfe, sondern Berufung einlegen werde. Für den Berufungsprozess ist die Große Strafkammer des Landgerichts zuständig.

Ein Offizier des diplomatischen Korps beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident gab gestern zu Ehren des diplomatischen Korps ein Essen, an dem die Chefs sämtlicher Missionen, der Reichskanzler, Reichstagspräsident Lobe und die Minister mit ihren Damen teilnahmen.

## Des Vaters Sünde.

Roman von Anni Satt-Felsberg.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Aus dem Salon tönte edel, in glänzendem Spiel auf dem Flügel, die Ouvertüre zu „Don Juan“ zu ihm herüber. Rasch schritt er zu den Türen, die zu dem Privatkorridor und zu dem Korridor führten und drehte die Schlüssel um.

Ungehindert mußte er sein und bleiben. An der Wand hing ein wohlgetroffenes Bildnis seines Vaters. Zu diesem Bilde der Sohn jetzt emporkam, ernst, wortwurscholl, erschreckt, beängstigt von dem, was ihm noch bevorstand.

Wieder nahm er das erste Briefblatt auf und las lebend. Ihm fehlte die Ruhe, sich zu setzen.

„Mein geliebter Sohn!“

Wenn du diese Zeilen zu Ende gelesen, wirst du mich nicht mehr lieben, nicht mehr achten, aber vielleicht doch beauern, weil ich dein Vater bin — oder verdammen. Wirst du mich verdammen? Meine Sünde war zu große Liebe zu euch allen, zu große Schwärme, die fürchte, auch deine Mutter, deine Schwester, dich, mein geliebter Sohn, unglücklich zu sehen. Ich hatte nicht den Mut der Wahrheit, darum belog ich euch. Belog die Welt, die nur nach dem äußeren Schein urteilt, ich hatte nicht den Mut, euch Enttäuschungen auszuverlegen, besonders ihr, meiner Waise, die ihr Liebesglaube zu rauben.

Ich schreibe es dir, mein Sohn, du mußt ertragen, ob und wie du deiner Mutter Mitteilung machen magst. Du bist klug, bist klar im Denken, ich bin schon lange verwirrt, verstimmt, gepeinigt von Gewissensbissen.

### Das Zentrum stellt den preussischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 5. Febr. Der interfraktionelle Ausschuss des Landtages, aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten bestehend, trat heute nach Schluß der Sitzung zur Beratung der Lage zusammen. Der Name des künftigen Ministerpräsidenten wurde noch nicht genannt, es ist aber als sicher anzunehmen, daß das Zentrum den Ministerpräsidenten stellen wird.

### Vorstandswahl in der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 5. Febr. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wählte durch Juraß einstimmig den alten Vorstand wieder. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Dr. Schulz, Stellvertretende Vorsitzende Dr. Kurt Kämpfe und Dr. Bapf, Geschäftsführer Waldinghaus.

### Fechtenbachs „Schwerlast“.

Berlin, 6. Februar. Das bayerische Justizministerium hat der Süddeutschen Korrespondenz auf deren Verlangen mitgeteilt, daß der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für Fechtenbach und Garbas durch die Strafaussetzung nicht verändert werde, sondern bestehen bleibe. Da die bayerische Regierung für die Belastung eines Menschen mit dem „Makel der Ehrlosigkeit“ kein Verständnis hat, wird es jetzt Aufgabe des Reichstages sein müssen, diesem Mangel unter den vielen Mängeln, die das bayerische Kabinett nun einmal besitzt, abzuwehren.

### Der Schiedspruch im Ruhrbergbau.

Essen, 5. Febr. Der unter dem Vorsitz des Staatskommissars Meißel gefällte Schiedspruch im Ruhrbergbau verlängert das bisherige Abkommen mit einigen Veränderungen. Die Veränderungen treffen die Gewerkschafter, deren Arbeitszeit auf acht Stunden vorverlängert wurde. Die Arbeitszeit in den Kohlereien soll ab 1. März 1925 bereits acht Stunden betragen, nicht wie in der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vorgesehen ist, vom 1. April ab. Die Schiedsstelle zur Entscheidung von Streitigkeiten wurde aufrecht erhalten. Das Abkommen kann erstmalig zum 30. September gekündigt werden.

### Aus dem Saarlande.

Saarbrücken, 5. Febr. Im Landestat besprochen die Vertreter der einzelnen Fraktionen eingehend die wirtschaftliche und politische Lage des Saargebietes. Dabei wurde auch heftige Kritik geübt an dem Verhalten der obersten Polizeiverwaltung, die in der Bekannten Spielangelegenheit Kennel schwer belastet ist, namentlich an dem Verhalten des ersten Sekretärs der Polizeiverwaltung Koller, eines ehemaligen Postbeamten, dem schwere Urkundenfälschung nachgewiesen wurde. Auch gegen die Regierungskommission selbst, die dieses Spielsystem vorgeschlagen und die Schuldigen nicht verfolgt habe, gab es diesem Anlaß schwere Vorwürfe. Daraufhin ließ die Regierungskommission folgende Erklärung abgeben: Die Regierungskommission hat den Fall Kennel geprüft und einstimmig beschlossen, die oberste Polizeiverwaltung ab 31. März als selbständige Abteilung aufzuheben und die Geschäfte der Polizei dem Direktor der Abteilung „Inneres“ Dr. Helmberger zu übertragen. Dadurch ist ein Einschreiten gegen den Direktor der Polizeiverwaltung und ihren ersten Sekretär Koller hinfallig geworden. In der Spielaffäre Kennel handele es sich darum, im Saargebiet das Bestehen gesellener nationalitätlicher Verbände nachzuweisen, um gegen mißliebige Personen vorgehen zu können. Auf Grund dieser Vorbestimmungen erlassen werden, die noch heute — wenn auch in eingeschränktem Umfang — besteht.

### Italiens Kuppelpläne.

Rom, 5. Februar. Die Turiner „Stampa“ meldet aus Rom, daß der Ministerrat den Bau von drei Kuppelbauten in den Marinestadt eingestellt hat. Die „Riviera Tageszeitung“ meldet aus Mailand, Dr. Edenies Reise nach Mailand stehe in Verbindung mit der begonnenen Errichtung einer italienischen Luftschiffwerft in Monza.

## Aus Stadt und Land.

Aus, 6. Februar 1925

### Einkommensteuer 1924.

Es erregt in den Kreisen der schließlichen Industrie nach dem Aufheben des Reichsfinanzministeriums, nachdem es wiederholte Zusagen in dieser Richtung gegeben hat, das in der zweiten Steuernotverordnung enthaltene Versprechen, die Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen für 1924 nachträglich zu verauglegen und zuviel gezahlte Beträge anzurechnen, als Scheinversprechen nicht einhalten will. Der Gesamtverband der Verbände schließlicher Industrieller, der sich mit dieser Frage in seiner letzten Sitzung beschäftigte, beschloß, gegen diesen Versuch, gesetzlich festliegende Versprechungen beiseite zu schieben, entschieden zu protestieren. Bei der schroffen Art, in der die Steuerbeträge ohne Scham und Substanz aus der Wirtschaft herausgenommen worden sind und angesichts der aus den monatlichen Lieferkästen des Reichsfinanzministeriums sich ergebenden Tatsache, daß weit mehr an Reichsteuern erhoben worden ist, als im Voranschlag für Deckung des Reichsbedarfs vorgesehen war, erscheint die Veranlagung auf 1924 zum Ausgleich unerträglich hart und zur Widerlegung gesetzlicher Forderungen noch besonders geboten. Auch aus den den Verbänden vorliegenden Unterlagen ist zu erkennen, daß in zahlreichen Fällen Steuerbeträge erhoben worden sind, die das Einkommen zu einem übermäßigen Prozentsatz in Anspruch nehmen, ja daß Steuern trotz vorhandener Verluste gezahlt werden mußten. Wenn das Reichsfinanzministerium demgegenüber glaubt, nur bei besonders starken Härten ausweichen zu müssen, so kann dem unter keinen Umständen zugestimmt werden. Die Wirtschaft muß fordern, daß gesetzlich eingegangene Versprechungen auch eingehalten werden und das Reichsfinanzministerium sowie die gesetzgebenden Körperschaften sollten sich darüber klar sein, daß es kaum eine Handlung geben könnte, die den ohnehin geschädigten Kredit des Reichs gegenüber den Staatsbürgern mehr zu schädigen geeignet ist, als wenn die in dieser Richtung gemachten Zusagen nicht eingehalten werden. Der Gesamtverband der Verbände schließlicher Industrieller hofft, daß der Reichstag das Schicksal der Wirtschaftlichkeit in der Ordnung, die die klare Feststellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erfordert, einen solchen Vorschlag des Reichsfinanzministeriums nicht akzeptieren wird.

Ausführung der Lohnsteuerbeträge am 5., 15. und 25. jeden Monats. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber, die zu Beginn des Kalenderjahres mehr als drei Arbeitnehmer in einem dauernden Dienstverhältnis beschäftigt haben, die von den Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis zum 10. eines Kalendermonats einbehaltenen Lohnsteuerbeträge bis zum 10. des folgenden Kalendermonats einbehaltenen Lohnsteuerbeträge bis zum 25. und die von Lohnzahlungen in der Zeit vom 11. bis zum 20. eines Kalendermonats einbehaltenen Lohnsteuerbeträge bis zum 25. und die von Lohnzahlungen in der Zeit vom 21. bis zum Schluß eines Kalendermonats einbehaltenen Lohnsteuerbeträge bis zum 5. des folgenden Kalendermonats an die Finanzkasse in einer Summe zur Verrechnung der einzelnen Arbeitnehmer, jedoch mit Abzug des Lohnzeitraumes abzuführen haben. Nach Ablauf eines jeden Monats spätestens bis zum 5. des folgenden Kalendermonats hat der Arbeitgeber der Kasse des Finanzamtes eine Bescheinigung zu überreichen, in der er die Ueberreinstimmung der Gesamtsumme der an die Kasse für den abelaufenen Kalendermonat abgeführten Steuerabzugsbeträge mit dem Gesamtbetrag der in diesem Kalendermonat einbehaltenen Steuerbeträge bestätigen muß. Alle anderen Arbeitgeber mit drei oder weniger Arbeitnehmern haben die einbehaltenen Lohnsteuerbeträge ebenfalls bis zum 5., 15. und 25. eines jeden Monats in Steuermarken in die Steuermarkenblätter einzufüllen und zu entwerfen.

Arbeitsjubäum. Der Eisenbrecher Carl Louis Meier wohnte in Niederstiehl, feiert heute sein 60jähriges Arbeitsjubäum bei der Firma Ernst Gehner. Aus diesem Anlaß wurde er von der Firma und auch von seinen Arbeitskollegen in der herkömmlichen Weise beglückwünscht und beschenkt.

Ein betrunkener Bettler wurde von der Polizei festgenommen und nach Verbüßung von 1 Tag Haft wieder freigelassen.

Angst vor Entdeckung; du findest vielleicht einen Ausweg. Der einsige Weg, den ich fand, geht über dich. Tu allein kannst die Bräute werden, die über den Grund fährt, an dem wir alle stehen!

Mit brennenden Augen las Herbert Hörner wieder und wieder diese Einleitung, dieses Vorbereiten auf Schreckliches, dieses Tasteln nach der verborgenen Hand, die allein retten konnte. Wie ein dunkler Schleier legte es sich plötzlich zwischen seine Bräute und das Papier, das die Schreckensbotschaft in sich barg. Dieses angstvolle Niesen nach Hilfe, das zwischen den letzten Zeilen stand, ließ den jungen Mann das Schlimmste befürchten.

Einen Augenblick legte er die Hand vor die Augen, stützte sich mit beiden Armen auf den Schreibtisch, an dem er sich niedergelassen, da seine Knie zu zittern begannen, dann leuchtete er tief auf, hob den Blick, und sprach zu dem Bilde seines Vaters emporkam: „Wenn es menschennützlich ist, will ich die Bräute sein.“

Nun sein erstes Erschrecken abgewunden war, griff der Vizeffor mannhaft zu, und las alle die beschriebenen Plätter, die ihm Enttäuschungen brachten und ihn entsetzten.

Als er zu Ende gelesen, sah er lange regungslos mit weit offenem Mund vor sich hinschauernd. Da war es ihm, als lebe er einen Wagnis dicht vor sich gähnen, der ihn, der alle, seine ganze Familie, verschlang. „Frislos“ — schrie er auf. „Vater — Vater, das — das hast du getan? Hast du zum Himmel?“

Wieder las er von Anfang bis zu Ende das ganze Betennnis einer großen Schuld. Raywitschen schrien die herrlichen Wagnisänge zu ihm, die tödlichen Melodien der Berausenden, betenden Musik.

Er mußte — die jetzt so wunderbar stille, war seine Schwester, seine Schöne, heitere, gütige Schwester, die sich im Bild ihrer Liebe sonnte. Ein Bild, erkauft durch Schuld! Sie und ihr Gatte waren vernichtet, wenn sie je erfuhr, wie ihr Bild geschwieben wurde. Mit unheimlichen Händen, mit furchtbarer Kraft. Ueber es gab einen Weg, nur einen Weg zur Rettung. Ueber ihn, den Sohn, ging dieser Weg zur Rettung des Vaters, der Mutter, der Schwester.

Er konnte seinen Vater verstehen, daß er gegangen war, daß er nicht Auge in Auge ihm, seinem Sohn, das entfallen konnte, was ihn zum niedrigen Verdrehen stempelte, zum Christen, dem Gesetz Befehlenden. All die Pein, die Qualen fühlte er nach, die jener gelitten, all die Angst vor Entdeckung, wie sie aus dem Bekenntnis sprach, das er in den Händen hielt.

Deshalb die Veränderung, die Blässe der Furcht auf den Wangen des Vaters, der körperliche Verfall, die Verwirrung, die Selbstabwesenheit in letzter Zeit. Das Brandmal der Schuld hatte er an der Stirn getragen. Das schmale Gewissen flirrte in seinem Blick, der ruhelos umherirrte oder starr in der Leere hing. Herbert Hörner vermied es, den Blick nach dem Bilde zu richten, das seinen Vater darstellte, wie er einst gewesen als er noch schuldblos war. Jörnige Tadeln verhielten ihm die Blicke.

„Lach du — du — das sonntest — ein — ein...“ Das Wort kam nicht aber seine Lippen, das ihm im Herzen brannte, das Wort, das einen gewissen Fremder bezeichnete, das jeden Hinausdrängt von dem Thron hoher Menschennütze, Hinaus in Schande. Je höher der Stand, desto tiefer die Schande, desto tiefer der Fall.

(Fortsetzung folgt.)



**Von den Auer Lichtspielbühnen.**

Carolintheater, Lichtspielbühnen. Ein Film, groß, tiefgehend in seinen Gedanken wie in seinem Aussehen ist der jetzt in den Carolinetheater-Lichtspielen laufende sensationelle Film aus der deutschen Geschichte, „Deutsche Helden in schwerer Zeit“. Ein echt deutscher Film ist es, der uns in eine der schwersten Zeiten führt, da der große Napoleon sich als der Herr Europas aufspielte, so wie jetzt die Franzosen mit ihrem Anhang. Darum, und weil er uns zeigt, wie sich das deutsche Volk damals erhob wie ein Mann, um den fremden Eindringling und Bezwinger von sich abzuschütteln, ist der Film auch weit mehr, als nur ein Geschichtsbild. Er ist eine Mahnung auf Selbstbestimmung, patriotisches Ehrgefühl, nationalen Stolz. Ein-

geführt in eine moderne Rahmenhandlung, rufen die Bilder aus der Zeit vor 100 Jahren deutsche Helden und Heldentaten in der Erinnerung wach, zeigen sie, wie aus Preußens Niedergang Deutschlands Auferstehung wurde. Ueber die ersten Akte des Films schwebt die Lichterwelt der Königin Luise, während dann Theodor Körner in den Vordergrund tritt, der begeisterte und begeisterte Freiheitskämpfer und aus jener großen Zeit werden lebendig in vorzüglicher Maske — tausenden Freiheitskämpfern, die Deutschland aus seinem Niedergang emporführten zu neuem Lichte. Mahnend ruft deshalb der Film unserer Zeit die Taten unserer Voreltern ins Gedächtnis zurück, die den rechten Weg zu Deutschlands Freiheit aus tiefer Ansochenschaft zu

haben wählten. Die schönsten Bilder deutschen Geistes sprechen für sich selber. Aber eine Ausstattung ist ihnen zuteil geworden, die wohl alles bisher gebotene in den Schatten stellt. Die historischen Gewänder und Uniformen, die Schlachtenbilder mit dem massigen Menschen- und Pferdmaterial sind einzig dastehend, und dürften in ihrer Wucht nicht so bald wieder erreicht werden. Kurz: Wer die Geschichte unseres Vaterlandes hoch hält, wer unser Deutschland liebt und ehrt, der muß diesen Film beschauen. Es ist Ehrensache für jeden, dem die Gelegenheit dazu geboten ist.

Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsanstalt, m. B. G. Aue. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Arthur Gerhardt.

Der Ausstoß unseres

# Frühlingsbieres

hat begonnen. Dieser erstklassige Stoff erscheint zum ersten Male wieder in Vorkriegsqualität.

## Vereinsbrauerei Zwickau

(Aktiengesellschaft)

# Tauschermühle bei Aue.

Sonnabend, 7. Februar **Groß-Elite-Maschinenball.** Sonntag **Familientränzchen**  
 (Eine Nacht der Musikanten). Original-Jazzband-Kapelle.  
 Anfang 7 Uhr. Demasierung 10 Uhr. Eintritt 1.50 Mk. Postautofahrt ab Hotel Engel 1/8 und 1/9 Uhr nach Aue. Hierzu ladet freundlichst ein Mag. Schumann.

**GD A**  
**Gewerkschaftsbund der Angestellten**  
 Ortsgruppe Aue.

Sonnabend, den 7. Februar, abends 1/8 Uhr, findet im Hotel „Stadtspark“  
**Abend-Unterhaltung**  
 mit anschließendem Tänzchen statt.  
 In Anbetracht einiger genußreicher, geselliger Stunden werden alle Mitglieder um vollzähliges Erscheinen gebeten und herzlichst eingeladen.  
 Der Vorstand.

Zu dem am 7. Februar, abends 7 Uhr, im Hotel „Blauer Engel“ stattfindenden  
**Christbaum-Bergnügen**  
 werden alle Ehrenmitglieder und Mitglieder nebst werten Angehörigen nochmals auf das herzlichste eingeladen.  
**Fußballabteilung des Sportvereins „Allemannia“ e. V.**  
 Der Gesamtvorstand.

**Vereinigung für Sex.-Hygiene u. Lebensreform**  
 Ortsgruppe Aue

Am Sonnabend, den 7. Februar, findet im Saale des Schützenhauses unser  
**I. Vergnügen**  
 statt. Wir laden hierzu alle Mitglieder nebst Freunde und Gönner unserer Sache aufs herzlichste dazu ein.  
 Anfang 1/7 Uhr.  
 Der Vorstand.  
 J. W.: Hans Bamler, 1. Vorf.

**Jugend-Berein „Concordia“ Aue.**  
 Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Vereinsheim „Edelweiß“  
**Halbjahrsversammlung.**  
 Erscheinen der Ehrenmitglieder sowie aller Mitglieder erwünscht. Anträge sind vor Beginn der Versammlung beim Vorstand abzugeben.  
 Der Vorstand.

**Achtung! Pianos!**  
 Da ich meine Fabrikationsräume verlege, gebe ich Pianos zu besonders günstigen Kaufpreis ab.  
**Konzertpianos, extra lang und hoch, 7 1/2 Oktaven, üblicher Preis Mk. 1650.— jetzt Mk. 1250.—**  
**Pianos, normale Größe, 7 Oktaven, üblicher Preis Mk. 1250.— jetzt Mk. 950.—**  
**Planofortefabrikation A. Malz, Aue**

**Patentbüro Herm. Müller**

Frauenschürze, la Doppeldruck, 100 cm weit	1.95
Frauenschürze, la Doppeldruck, 120 cm weit	2.45
Frauenschürze, la Doppeldruck, 160 cm weit	2.95
Frauenschürze, la Doppeldruck, mit Träger und Besatz, 100 cm weit	2.75
Frauenschürze, la Doppeldruck, mit Träger und Besatz, 110 cm weit	2.95
Frauenschürze, la Doppeldruck, mit Träger und Besatz, 160 cm weit	3.95
Mädchenschürze, echt Indigo, 50 cm	1.25
Mädchenschürze, Wieserform, la Water, moderne Streifen	2.90
Schlosserjacken, la Haustuch	3.50 3.25
Schlosserjacken, la Cöper	4.75 4.50
Windelstoffs, rot kariert und weiß	88 7
Spitzentaschentücher, 3 Stück im Karton	1.75
Konfirmantenleibchen, grau und weiß	2.45
Dreil, alle Weiten	88 7
Büstenhalter, geschnürt, la Qualität	1.75
Büstenhalter, la Linon, geschnürt, seitlicher Schluß, guter Sitz	2.25
Büstenhalter, seidener Tricot, äußerst haltbar	2.50
3 Damenbinden, gestrickt	95 7
Bindengürtel, guter Sitz	95 7 65 7
Haarschleifen in 15 Farben, 11 cm breit, 80 cm	88 7

# Meinzer 21

Aue, Wettinerstr.

Durch Gelegenheitskauf biete an:  
 bayr. Schmelzmargarine Pfd. nur 70 Pfa.  
 ff. Bratheringe 2-Pfd.-Dose 1.—  
 ff. Hering in Gelee 2-Pfd.-Dose 1.20  
 1 Pfd.-Dose Rindfleisch . . . . . 0.65  
**Hermann Dietrich, Aue, Markt-gäßchen.**

**181er**  
 Sonnabend, den 7. Febr.  
**Zusammentritt bei Kamerad Georgi.**  
**Mehrere möbl. Zimmer**  
 zum 15. Februar gesucht. Offerten unter A. T. 597 an das Auer Tagebl. erbet.  
**Beamter sucht ein ausm. möbliertes Zimmer**  
 für sofort. Angeb. mit Preisangabe u. A. T. 658 a. b. Stg.  
**Seifen- od. Schuhschneid-Fabrikation im Hause**  
 richten wir ein. Dauernde u. sichere Existenz. Bei Räume nicht nötig. Auskunft kostenlos. Rückporto erwünscht.  
**Chemische-Fabrik Heinrich & Wäcker, Seif.-Fabrik.**

**Teilzahlung gestattet!**  
**Möbel u. Polsterwaren**  
**Büromöbel**  
**HERREN- Anzüge, Paletots, Hosen**  
**DAMEN- Mäntel, Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen,**  
**Strickjacken und Strickwesten.**  
**Wäsche, Inletts, Gardinen.**  
**Schuhwaren.**  
 Sport- u. Kinderwagen.  
**Paul Katz,**  
 Aue, Bahnhofstr. 34.

**Kleine Anzeigen**  
 haben guten Erfolg im Auer Tageblatt.

**Emylis-Leibbinden**  
 Unübertroffen für Gesunde und Leidende!  
 Das beste für Arbeit, Sport und Spiel!  
 Gewölbte, zweckmäßigste Umstandsbinde. An den Universitäts-Frauen-Kliniken eingeführt und glänzend begutachtet. Preis in Original-Ausführung v. 7.50 an.  
 Man hüte sich vor minderwertigen und teuren Nachahmungen.  
 Die allein echte Binde erhalten Sie nur im Korsetthaus Aue, Ernst-Papst-Str. 4.

**Sonder-Fahrt nach Italien**  
 vom 14. bis 26. April 1925  
 1. Klasse . . . RM. 425.00  
 2. Klasse . . . RM. 380.—  
 etw. Behn- und Dampfmaschinen, Besichtigungen, voller Verpflegung, Umbenennung, Schiffs-, Inl- und Ozeanien.  
 Wien aus.  
 Prospekte kostenfrei durch die Reiseleitung **Alfred Pfeiffer, Werdau/Sa. 12311**

**Möbelschlerei Ernst Rehner**  
 Aue  
 Spezialwerkstätte für Möbel all. Art insbes. f. Schlafstimmer u. Küchen. Lieferung prompt.

**Aus erster Hand!**  
 Wild-, Nappa-, Clacé-, Seiden- und Stoffhandschuhe f. Herren, Damen und Konfirmanten, farbig, schwarz und weiß empfiehlt  
**Handschuhfabr. G. Schindler, Aue, Wettinerstraße 18, 1. Treppe.**  
 Auch werden Handschuhe repariert und gereinigt. **Kein Laden.**

**Achtung!**  
 Ein großer Posten prima fünfstufige  
**Bettfedern u. Inlett**  
 zum billigsten Preise steht Freitag und Sonnabend zum Verkauf in Aue „Centralhalle“ am Markt.  
**Rosa Panhans, Böhmitz, D. D.**  
 Nehme auch Bestellungen entgegen.

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen  
**Frau Anna Marie verw. Barth**  
 geb. Lang  
**danken herzlich die tieftrauernden Hinterbliebenen.**  
 AUE, den 6. Februar 1925.

Die B...  
 immer auf...  
 keinem B...  
 welche, bat...  
 Jede Herr...  
 wesenheit...  
 leicht die...  
 Diese Wor...  
 Sicherheit...  
 neutralisier...  
 der Luftan...  
 Umregion...  
 ter dem...  
 hat, war...  
 als wenn...  
 Worten al...  
 aktiven Be...  
 wird babe...  
 Frankfreic...  
 hat Herr...  
 daß umget...  
 dem Zentru...  
 scheint, als...  
 scherten...  
 Wenn Herr...  
 eine einzi...  
 bleiben der...  
 den, als...  
 solche Bed...  
 tigen Irrt...  
 sagt: „Bei...  
 ist die m...  
 endet.“ G...  
 deutscher...  
 heit zu er...  
 teatischen...  
 „nung“ er...  
 der Franze...  
 er in alle...  
 blutiger...  
 Friedensbe...  
 französische...  
 der Wölfer...  
 ihm selbst...  
 einer fried...  
 Deutschland...  
 verühren...  
 arbeit Leber...  
 Hand, diese...  
 gebe die M...  
 auf deutsch...  
 Besöhnung...  
 Bei de...  
 britische...  
 Chamber...  
 sichten entw...  
 nen wir...  
 muß zunäh...  
 den, die dem...  
 heit bringen...  
 Politik kan...  
 dann, wenn...  
 ein hohes...  
 Mitterten...  
 zu erfüllen...  
 Antwort au...  
 es seine...  
 nur nicht...  
 Kann...  
 Augenblick...  
 Außenpolit...  
 seinem erste...  
 über durch...  
 schlage wege...  
 wagen, falls...  
 Das nennt...  
 Weiter geht...  
 Herrlot; er...  
 „Sicherheit...  
 bereit, etwa...  
 stungsbestim...  
 sollten, abzu...  
 seiner außer...  
 starken Int...  
 hinas selbst...  
 rung zu...  
 liegen die...  
 Wlad hat...  
 bestimmunge...  
 Frankreich...  
 haben...  
 ...